

DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Kaufmann, Stephan; Roth, Eva
Hempel, Ulrike (Ed.); Nuss, Sabine (Ed.); Thimmel, Stefan (Ed.)

Book

Gerechte Armut? : Mythen und Fakten zur Ungleichheit in Deutschland

Provided in Cooperation with:

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin und Brüssel

Reference: Kaufmann, Stephan/Roth, Eva (2019). Gerechte Armut? : Mythen und Fakten zur Ungleichheit in Deutschland. 2., aktualisierte Auflage. Berlin : Rosa-Luxemburg-Stiftung.

This Version is available at:
<http://hdl.handle.net/11159/3360>

Kontakt/Contact

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: [rights\[at\]zbw.eu](mailto:rights[at]zbw.eu)
<https://www.zbw.eu/econis-archiv/>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

<https://zbw.eu/econis-archiv/termsfuse>

Terms of use:

This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



GERECHTE ARMUT?

**Mythen und Fakten
zur Ungleichheit in
Deutschland**

luxemburg argumente

Verteilungskämpfe bestimmen die Politik: Die einen erhalten Geld, andere müssen abgeben, wieder andere gehen leer aus. Die Verteilungsfrage ist nicht irgendeine Frage, sie ist zentral. Denn ob ein individuelles oder gesellschaftliches Bedürfnis befriedigt wird oder nicht, hängt davon ab, ob es die Mittel dafür gibt. Wer Geld hat, bestimmt also wesentlich darüber, wofür Geld ausgegeben wird, wessen Interessen Realität werden und wessen nicht.

Dass Einkommen und Vermögen hierzulande krass ungleich verteilt sind, ist allgemein bekannt. Doch was wird getan, um diese Ungleichheit zu bekämpfen? Wenig. Die Einführung des Mindestlohns hat ungefähr 15 Jahre gedauert. Stattdessen wird häufig nicht die gewachsene Kluft zwischen Arm und Reich kritisiert, sondern die Debatte darüber.

Die vorliegende Broschüre nimmt die gängigen Rechtfertigungen für die bestehende Ungleichheit und die Vorschläge, wie mehr Gleichheit herzustellen wäre, unter die Lupe. Sind die «Armen» in Deutschland gar nicht arm? Ist Ungleichheit «leistungsgerecht»? Fehlt es Deutschland bloß an Chancengleichheit? Im Anhang folgt ein kurzer Überblick über die Verteilungssituation in Deutschland.

Die Broschüre betrachtet nur die Verhältnisse in Deutschland und blendet internationale Vergleiche weitgehend aus. Es geht auch nur um materiellen Reichtum – also um Geldeinkommen und Vermögen aus Immobilien oder Finanzanlagen. Nicht materielle Formen der Armut – zum Beispiel Zeitnot oder Krankheit – werden nicht berücksichtigt. Die Möglichkeiten der staatlichen Umverteilung – zum Beispiel Vermögensteuern oder Finanztransaktionssteuern – werden nur am Rande behandelt.

INHALT

1	Die Armen sind gar nicht arm	2
2	Die Reichen sind gar nicht reich	6
3	Deutschland geht es so gut wie nie	9
4	Die Ungleichheit steigt nicht mehr – dank Agenda 2010	10
5	Die Ungleichheit bei den Vermögen wird überzeichnet	14
6	Globalisierung und technologischer Wandel treiben die Ungleichheit voran	15
7	Die Ungleichheit ist Folge falscher Politik	18
8	Ungleichheit spiegelt bloß die unterschiedliche Produktivität der Menschen wider	21
9	Ungleichheit ist gerecht, weil sie leistungsgerecht ist	24
10	Erbschaften verstoßen gegen die Leistungsgerechtigkeit	27

Lösungsvorschläge	29
11 Wir müssen Chancengleichheit schaffen	29
12 Wir brauchen mehr Investitionen in Bildung	32
13 Wirtschaftswachstum verringert die Ungleichheit	33
14 Weniger Ungleichheit fördert das Wirtschaftswachstum	36

Fazit	38
--------------	----

Anhang: Fakten zu Einkommen, Vermögen, Verteilung	41
--	----

DIE ARMEN SIND GAR NICHT ARM

«Ein statistischer Trick macht es möglich, dass die Armut auf dem Papier zunimmt, obwohl sich die Lebensverhältnisse in Wirklichkeit seit Jahren günstig entwickeln.»

Frankfurter Allgemeine Zeitung¹

Was wird gesagt?

Im Jahr 2014 waren nach Angaben des Statistischen Bundesamts 15,4 Prozent der Bundesbürger_innen arm – oder armutsgefährdet, wie es im staatlichen Sprachgebrauch heißt. Die Armutsquote ist demnach gestiegen, 2005 lag sie bei 14,7 Prozent. Doch führt dieser Befund in die Irre. Die Armutsquote hat nämlich «mit Armut nichts zu tun», erklärt der Statistikprofessor Walter Krämer, sie ist vielmehr «ein (schlechtes) Maß für die Einkommensungleichheit». ² Die Armut nimmt also nur auf dem Papier zu, in Wirklichkeit entwickeln sich die Lebensverhältnisse seit Jahren günstig. Kurzum: Wir haben es hier mit einem «Armutschwindel» zu tun. ³

Was ist dran?

Die Armutsquote ist zweifellos ein Gradmesser für Ungleichheit. Laut Statistischem Bundesamt ist armutsgefährdet, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügt, und zwar inklusive Sozialleistungen. Für einen alleinstehenden Menschen lag die Schwelle hierzulande zuletzt bei 917 Euro im Monat. Mit der Armutsquote wird Armut am Einkommensniveau eines Landes gemessen. Deswegen wird sie auch als «relative Armut» bezeichnet.

¹ Balzter, Sebastian: Arm auf dem Papier, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.2.2015, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/armut-und-reichtum/armutsbericht-arm-auf-dem-papier-13442409.html. ² Krämer, Walter: Deutschland – das Armenhaus Europas?, Homepage des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, 24.2.2015, unter: www.rwi-essen.de/unstatistik/40/. ³ Rudzio, Kolja: Armutschwindel, in: Die Zeit, 26.2.2015, unter: www.zeit.de/2015/09/armut-bericht-paritaetischer-wohlfahrtsverband.

Das mittlere Einkommen (auch Medianeinkommen) ist ein besserer Indikator für die Verteilung als das Durchschnittseinkommen (auch arithmetischer Mittelwert). Wie wird es berechnet? Sortiert man die Bevölkerung nach der Höhe ihres Einkommens und bildet dann zwei gleich große Gruppen, würde die Person, die genau in der Mitte dieser Verteilung steht, das Medianeinkommen beziehen. Während der Durchschnitt durch besonders hohe und/oder niedrige Einkommen beeinflusst wird, filtert der Median diese statistischen Ausreißer besser heraus.

Ein Beispiel: In einer Gruppe von drei Menschen verdient eine Person 2.000 Euro im Monat, eine 4.000 Euro und eine 100.000 Euro. Im Durchschnitt verdient jede also 35.333 Euro – der oder die Großverdiener_in verzerrt das Einkommensniveau nach oben. Das Medianeinkommen hingegen liegt bei 4.000 Euro, also genau in der Mitte.

Dieser Ansatz ist europaweit üblich. Außerdem ist er sachgerecht. Denn ob jemand in einer Gesellschaft arm ist oder nicht, misst sich vernünftigerweise an einem Normaleinkommen – also an dem Einkommen, das in einer Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt üblich ist. Arme in Deutschland mögen viel mehr haben als Bettler_innen in Kalkutta, die nichts zu essen haben. Arme in Deutschland im Jahr 2014 mögen viel mehr haben als Arme in Deutschland 1890, die zu fünft in einem Zimmer hausten. Aber derartige Vergleiche sind maßlos: Denn auf der ganzen Welt und in der gesamten Menschheitsgeschichte wird man immer Menschen finden, die noch weniger haben oder hatten.

Sinnvoll für die Armutsmessung ist nur der Vergleich aktueller Einkommen mit dem, was eine Gesellschaft aktuell produziert. Wenn ein Mensch extrem geringe Anteile am produzierten Reichtum erhält, ist er arm. Arme Menschen sind eingeschränkt bei der Wahl der Wohnung, der Kleidung, der Lebensmittel, der Zahnbehandlung oder des Urlaubsziels, sie haben weniger Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, sie sind häufiger krank und sterben früher.

Armut sagt mithin nicht nur etwas darüber aus, wie viel Geld ein einzelner Mensch zur Verfügung hat, sondern auch darüber,

wie der Reichtum verteilt ist. Armut ist ein Verteilungsmaß, an dem auch abzulesen ist, ob die Ungleichheit im Laufe der Jahre größer oder kleiner geworden ist. In Deutschland ist sie seit Beginn der Messung durch das Statistische Bundesamt im Jahr 2005 größer geworden. Das ist interessant, weil im gleichen Zeitraum die Zahl der registrierten Arbeitslosen um zwei Millionen gesunken ist. Die Entwicklung widerspricht also der These: «Sozial ist, was Arbeit schafft.»

Dass es trotz Wirtschaftswachstum und Rekordbeschäftigung mehr Arme in Deutschland gibt, hängt unter anderem damit zusammen, dass der Anteil der armen Rentner_innen und Erwerbslosen stark gestiegen ist – Hartz IV und Rentenreformen zeigen Wirkung.

4 Doch um solche Entwicklungen geht es den Kritiker_innen der Armutsquote nicht. Sie stört vielmehr, dass Menschen mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens als «arm» bezeichnet werden. Denn «Armut» ist ein moralischer Begriff: Armut ist schlecht und sollte bekämpft werden. Solange der Armutsbegriff, den deutsche und EU-Behörden verwenden, aber mit Ungleichheit verknüpft ist, müsste deshalb auch die Ungleichheit verringert werden. Das behagt konservativen Kritiker_innen nicht. Sie wollen die gesellschaftlich geächtete Armut von der Ungleichheit abkoppeln. «Die Bekämpfung der Armut ist ein moralisch gebotenes Ziel», heißt es in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* unter der Überschrift «Ein Lob der Ungleichheit»: «Ungleichheit muss man ertragen, besser noch: Man muss sie nutzen.»⁴

Und was ist aus Sicht der Kritiker_innen dann Armut? Die FAZ bleibt vage und spricht von «wirklich Armen». Professor Krämer von der Technischen Universität Dortmund nennt als Beispiel die Definition der Weltbank, die Menschen als arm einstuft, die von weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag leben müssen. Würde man dies auf Deutschland übertragen, wäre zum Beispiel eine Bettlerin, die hierzulande ohne Papiere lebt, keine Sozialhilfe erhält und täglich zwei Euro einsammelt, nicht arm.

4 Hank, Rainer: Ein Lob der Ungleichheit, faz.net, 21.2.2016, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/waechst-die-ungleichheit-warum-ist-sie-schlecht-ein-schwerpunkt-14081565.html.

RELATIV



ARMUT?



ABSOLUT

Wer Armut nicht am Wohlstandsniveau eines Landes oder einer Region messen will, dem bleibt als Maßstab im Grunde nur die absolute Armut, seien es 1,90 oder fünf US-Dollar am Tag. Damit wird Armut zu einem Phänomen, das in Ländern wie Uganda oder Tansania verbreitet ist, nicht jedoch hierzulande. So verschwindet Armut nahezu vollständig aus Deutschland – ganz ohne Umverteilung des Reichtums.

2

DIE REICHEN SIND GAR NICHT REICH

«Aber wirklich reich bin ich auf keinen Fall. Reich ist man dann, wenn man irgendwo ein Privatflugzeug rumstehen hat.»

Heiko Vogler, hessischer Vermögensberater, der nach eigenen Angaben monatlich rund 10.000 Euro verdient⁵

6

Was wird gesagt?

Mit Statistik wird Stimmung gegen «die Reichen» gemacht. So behaupten Forscher_innen der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, jemand sei reich, wenn er doppelt so viel Geld zur Verfügung hat wie jemand mit einem mittleren Einkommen. Wer Einkünfte von rund 3.000 Euro im Monat hat, kann sich demnach in Deutschland schon zu den «Reichen» zählen. Mit einem Nettogehalt von 3.000 Euro soll man schon reich sein? Das ist «ein schlechter Witz», findet der Vermögensforscher Thomas Druyen.⁶ Das Kalkül hinter dieser Definition ist klar: Je breiter man die Oberschicht definiert, desto mehr ist über Steuern von ihr zu holen, erläutern die Autor_innen der *We/t*.

⁵ Vogler zitiert nach: BZ Online, 19.5.2008, unter: www.bz-berlin.de/artikel-archiv/und-ich-bin-doch-nicht-reich. ⁶ Druyen zitiert nach: Borstel, Stefan von/Siems, Dorothea: Wie man mit Statistik Stimmung gegen «die Reichen» macht, Welt Online, 19.1.2016, unter: www.welt.de/wirtschaft/article151199544/Wie-man-mit-Statistik-Stimmung-gegen-die-Reichen-macht.html.

Was ist dran?

Reich ist das Gegenteil von arm. Deswegen ist es logisch, dass in der Verteilungsforschung Menschen mit sehr niedrigen Einkommen als arm bezeichnet werden und Menschen mit sehr hohen Einkünften als reich oder einkommensreich.

Welche Grenze man dabei zugrunde legt, ist zu einem gewissen Grad willkürlich: Die Bundesregierung verwendet in ihrem Armuts- und Reichtumsbericht zwei Definitionen: Einkommensreich ist demnach, wer mindestens über das Doppelte oder das Dreifache des mittleren Einkommens verfügt. Die Reichtumsschwelle liegt demnach für Alleinlebende bei gut 3.000 oder 4.600 Euro im Monat.

Auch nach der weiter gefassten 200-Prozent-Definition sind gar nicht so viele Menschen in Deutschland reich: Im Jahr 2014 waren es rund acht Prozent der Bundesbürger_innen.

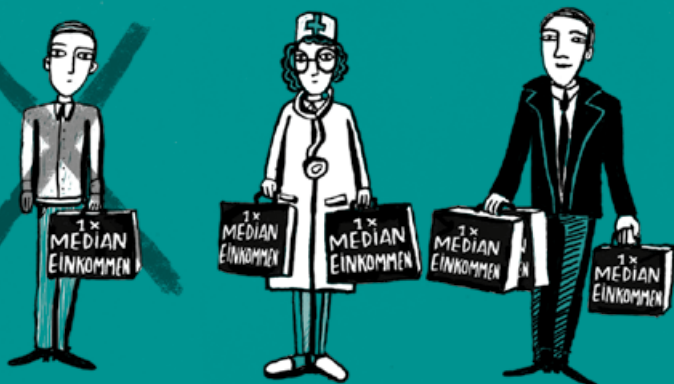
Wie bei der Armut wird Reichtum hier am Normaleinkommen gemessen. Das ist keineswegs abwegig: Ein Single mit einem mittleren Einkommen kann 1.500 Euro im Monat ausgeben, danach hat er oder sie kein Geld mehr übrig. Ein reicher Single kann auch 1.500 Euro ausgeben – und hat dann immer noch mindestens 1.500 Euro übrig.

7

Doch derartige relative Definitionen gefallen den Kritiker_innen nicht. «Reich im landläufigen Sinne ist man erst, wenn das Vermögen so groß ist, dass man unabhängig vom Erwerbseinkommen leben kann», zitiert *Die Welt* den Soziologen Thomas Druyen von der Wiener Sigmund-Freud-Privatuniversität. Erst oberhalb von 30 Millionen Euro Vermögen beginne wirklicher Reichtum.

Dieser Definition zufolge hat Reichtum erstens mit der Verteilung der laufenden Einkommen nichts zu tun. Zweitens schmilzt die Zahl der Reichen dahin. Am Ende bleibt dann kaum jemand übrig, von dem man höhere Steuern verlangen könnte, um die Ungleichheit zu verringern.

RELATIV



REICHTUM?



ABSOLUT

DEUTSCHLAND GEHT ES SO GUT WIE NIE

«Wir stehen heute im internationalen Vergleich sehr gut da.»

Ursula von der Leyen, ehemalige Bundesarbeitsministerin⁷

Was wird gesagt?

Letztlich ist Deutschland ein sehr «gleiches» Land. «Hinsichtlich der Einkommensverteilung rangiert Deutschland etwa im Mittelfeld der OECD-Länder», die Ungleichheit ist daher «recht unspektakulär», so die Ökonomen Lars P. Feld und Christoph M. Schmidt.⁸

Was ist dran?

Es stimmt, in vielen Ländern sind die Einkommen ungleicher verteilt als in Deutschland. Allerdings wird die Ungleichheit in Deutschland nicht besser, wenn sie andernorts größer ist.

9

Zweitens ist die Kluft zwischen Arm und Reich in den Industriestaaten insgesamt gestiegen: «Noch nie in der Geschichte der OECD war die Ungleichheit in unseren Ländern so hoch wie heute», erklärte der Generalsekretär der Industrieländer-Organisation OECD, Angel Gurría, im Mai vorigen Jahres. Der Maßstab hat sich also verschoben: Was heute «unspektakulär» ungleich ist, war früher spektakulär ungleich.

Drittens bezieht sich das Argument nur auf die Einkommen – bei den Vermögen ist die Verteilung in Deutschland extrem ungleich. Laut Bundesbank besaßen im Jahr 2014 die reichsten zehn Prozent fast 60 Prozent des Nettovermögens.⁹

Und viertens sind die verfügbaren Einkommen in Deutschland laut OECD zwar gleichmäßiger verteilt als im Durchschnitt der anderen Industrieländer. Bei den Markteinkommen – also

⁷ Von der Leyen zitiert nach: Tjong, Sandra: So redet die Regierung den Armuts- und Reichtumsbericht schön, Focus Online, 6.3.2013, unter: www.focus.de/politik/deutschland/tid-29930/kluft-zwischen-arm-und-reich-waechst-so-redet-die-regierung-den-armuts-und-reichtumsbericht-schoen_aid_934213.html. ⁸ Feld, Lars P./Schmidt, Christoph M.: Wie ungleich ist Deutschland wirklich?, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 6.3.2016. ⁹ Bundesbank: Monatsbericht – März 2016, unter: www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Monatsberichte/2016/2016_03_monatsbericht.html.

vor staatlicher Umverteilung über Steuern und Leistungen – sieht die Sache aber anders aus. Gerade Niedriglöhne sind in Deutschland besonders weit verbreitet. Die Beschäftigung in diesem Sektor stieg seit 1995 auf ein auch im internationalen Vergleich überdurchschnittliches Niveau an. Im Jahr 2010 verdienten laut Eurostat rund 22 Prozent aller Beschäftigten weniger als zwei Drittel des Medianlohns, im EU-Durchschnitt waren es mit 17 Prozent deutlich weniger.

All das bedeutet: Viele Menschen verdienen sehr wenig, einige sehr viel. Dass die Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen geringer ist, liegt an der staatlichen Umverteilung über Steuern und Sozialleistungen. Das ist ein Argument für Umverteilung – und nicht gegen die Existenz von Ungleichheit in Deutschland.

4

10 DIE UNGLEICHHEIT STEIGT NICHT MEHR - DANK AGENDA 2010

«Die Hartz-Reformen haben einen Prozess der moderierten Anpassung des Sozialstaats an die Verhältnisse der digitalen Gesellschaft eingeleitet, von dem wir heute - bei aller Gestaltungsnotwendigkeit - profitieren. Vor allem aber: Sie vermitteln uns Zuversicht, dass Deutschland es schaffen kann, wenn wir entschlossen handeln.»

SPD-Politiker_innen Sigmar Gabriel und Andrea Nahles¹⁰

Was wird gesagt?

Die Klagen über eine wachsende Ungleichheit der Einkommen in Deutschland sind nicht gerechtfertigt, denn die Ungleichheit steigt gar nicht mehr. Ihr Anstieg «wurde bereits im Jahr 2005, also zu Beginn des Zeitraums, an dem die Reformen der Agenda 2010 zu wirken begannen, effektiv gestoppt», so die «Wirt-

¹⁰ Gabriel, Sigmar/Nahles, Andrea: Neue Belastungen müssen gemeistert werden, in: Süddeutsche Zeitung, 5.1.2015, unter: www.sueddeutsche.de/politik/gabriel-und-nahles-zur-agenda-die-fragen-von-morgen-1.2290494-2.

schaftsweisen» Lars P. Feld und Christoph M. Schmidt in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*: «Die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Regierung unter Schröder haben dazu beigetragen, die Arbeitslosigkeit – und damit die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen – wirksam zu senken.»¹¹

Was ist dran?

Die verfügbaren Einkommen haben sich von 2000 bis 2005 stark auseinanderentwickelt. Seither «liegt die Ungleichheit auf einem unverändert hohen Niveau», urteilt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).¹² Hier ist keine Rede davon, dass die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen – wodurch auch immer – wirksam gesenkt wurde. Sie ist lediglich nicht noch weiter gestiegen.

Wenn dieser Befund überhaupt stimmt. Das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) bezweifelt, dass die Ungleichheit seit 2005 tatsächlich stagniert.¹³ Die Forscher verweisen darauf, dass Spitzeneinkommen und Kapitaleinkommen in den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (Soep) des DIW untererfasst sind. Denn sehr reiche Menschen beteiligen sich nicht an Haushaltsbefragungen. Es gibt allerdings auch keine anderen Quellen, die exakte Daten über Superreiche liefern. Das sollte man bei den Soep-Ergebnissen über die reichsten Haushalte berücksichtigen. Ansonsten ist das Soep – gerade für mittlere und untere Einkommen – eine sehr gute Datenquelle.

Selbst wenn die Ungleichheit bei den Einkommen zwischen 2005 und 2012 nicht weiter gestiegen ist – dies der Agenda 2010 zuzuschreiben, ist eine gewagte These. Denn für sich genommen hat sie die soziale Spaltung gefördert. Mit Hartz IV wurde der Druck auf Arbeitslose erhöht, auch sehr gering entlohnte Tätigkeiten zu übernehmen. Gleichzeitig drängte die Schröder-Regierung Gewerkschaften dazu, Öffnungsklauseln

11 Feld, Lars P./Schmidt, Christoph M.: Wie ungleich ist Deutschland wirklich?, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 6.3.2016. 12 Goebel, Jan/Grabka, Markus M./ Schröder, Carsten: Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch, DIW-Wochenbericht 25/2015, unter: www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.508356.de. 13 Schmid, Kai Daniel/Peichl, Andreas/Drechsel-Grau, Moritz: Querverteilung und Spitzeneinkommen in Deutschland. Einkommensungleichheit – Quo Vadis?, hrsg. vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), IMK-Report 108, 2015, unter: www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_108_2015.pdf.



zu akzeptieren, die eine Bezahlung unterhalb des Tarifs ermöglichen. Rot-Grün hat den vollen Kündigungsschutz für Kleinbetriebe abgeschafft, Patient_innen höhere Zuzahlungen auferlegt, Renten weiter gekürzt und Unternehmenssteuern gesenkt.

Die Fans der Agenda 2010 argumentieren: Die Arbeitsmarktreformen haben Arbeit verbilligt und dadurch die Arbeitslosigkeit verringert, wodurch die Einkommensungleichheit zurückging. Tatsächlich stieg die Zahl der Arbeitnehmer_innen in dem betrachteten Zeitraum um 2,6 Millionen, die Zahl der Arbeitslosen sank um zwei Millionen. Die wesentliche Ursache für den Beschäftigungsaufbau war aber der wirtschaftliche Aufschwung, der Mitte 2005 begann und Anfang 2008 endete.

Der Druck auf Arbeitslose und Arbeitnehmer_innen führte jedoch gleichzeitig dazu, dass trotz des Aufschwungs ab 2005 die Reallöhne der Beschäftigten sanken. «Derartige Reallohnverluste in einer Phase wirtschaftlicher Prosperität sind neu», bilanzierte das Wirtschaftsforschungsinstitut IMK in der Hans-Böckler-Stiftung bereits 2008.¹⁴

13

Gleichzeitig drifteten die Gehälter weiter auseinander. So schrumpften die realen Stundenlöhne von Geringverdiener_innen zwischen 2005 und 2012 um acht Prozent, die mittleren Löhne sanken um sieben Prozent und die oberen Entgelte um 2,5 Prozent. Das ergab eine Auswertung des Instituts Arbeit und Qualifikation.¹⁵ Die am Markt erzielten Gehälter gerieten also nach den Hartz-Reformen massiv unter Druck.

Durch die schwache Lohnentwicklung haben deutsche Unternehmen ihre internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessert. Teils wird argumentiert, dass dadurch Arbeitsplätze in Deutschland erhalten oder geschaffen wurden: Deutsche Firmen konnten demnach mehr Güter exportieren, weil sie ihre Waren relativ günstig anbieten konnten. Wenn dies stimmt, wurde allerdings gleichzeitig Arbeitslosigkeit exportiert: Unternehmen aus anderen Ländern wurden weniger wettbewerbs-

¹⁴ Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK): Aufschwung ist auch in seiner Spätphase an den meisten Haushalten vorbeigegangen, Pressemitteilung, 28.8.2008, unter: www.boeckler.de/6750_1249.htm. ¹⁵ Grafik zur Lohnentwicklung laut Institut IAB in: Berliner Zeitung, 27./28.12.2014.

fähig und konnten weniger Güter absetzen, weil die Löhne in ihren Betrieben stärker stiegen als in Deutschland. Gleichzeitig drückte die schwache Lohnentwicklung in Deutschland die Nachfrage nach Importen. Dies war ein wesentlicher Grund für die Entstehung der Eurokrise.

Bei den verfügbaren Einkommen inklusive staatlicher Leistungen sieht die Bilanz von der Jahrtausendwende bis 2012 laut DIW so aus: Die realen Einkünfte der reichsten zehn Prozent der Haushalte stiegen um knapp 17 Prozent. Die mittleren Einkommen stagnierten. Die finanzschwächsten 40 Prozent der Haushalte erlitten Einbußen. Die Wirtschaftsleistung wuchs in diesem Zeitraum preisbereinigt um rund 14 Prozent. Rund die Hälfte der Haushalte hat davon nicht profitiert.

5

14 DIE UNGLEICHHEIT BEI DEN VERMÖGEN WIRD ÜBERZEICHNET

«Die Deutschen verfügen über ein oft vergessenes, gewaltiges Vermögen: ihre Rentenansprüche.»

*Der Spiegel*¹⁶

Was wird gesagt?

Es scheint nur so, dass die Vermögen in Deutschland extrem ungleich verteilt sein. Das liegt an einem statistischen Trick: Denn nicht einberechnet in die Vermögen der meisten Menschen werden ihre Rentenansprüche – und die sind ja implizite Vermögen. Ob man Rentenansprüche hat oder Kapital, das sich verzinst, ist letztlich das gleiche: ein erwarteter Zahlungsstrom.

Was ist dran?

Es gibt eine Menge Argumente, die dagegensprechen, Rentenansprüche als Vermögen zu werten. Erstens kann man Renten-

¹⁶ Kröger, Michael: Vermögensverteilung: Beamte sind die heimlichen Reichen, Spiegel Online, 18.1.2010, unter: www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/vermoegensverteilung-beamte-sind-die-heimlichen-reichen-a-672492.html.

ansprüche nicht kaufen und dann wieder teurer verkaufen, um einen Profit zu erzielen. Mit Immobilien und Aktien geht das. Rentenansprüche kann man auch nicht in eine Firma investieren und dann am Gewinn teilhaben. Zweitens gelten andere Versicherungen wie Unfallversicherungen auch nicht als Vermögen. Drittens ist die Rentenversicherung eine Umverteilung in Form staatlichen Zwangssparens: Lohnabzüge der Beschäftigten finanzieren die Rentner_innen. Hier wird weder Kapital noch Vermögen gebildet. Die Rente wird erst im Rentenalter ausgezahlt, und zwar in monatlichen Beträgen, damit die alten Menschen davon leben können. Rentner_innen können sich das Geld nicht auf einen Schlag auszahlen lassen und dann frei darüber verfügen.

Ein weiterer Unterschied zum Vermögen: Die Politik hat durch mehrere Reformen die Renten gekürzt. Die Vermögen werden seit 1997 von keiner Steuer angetastet.

GLOBALISIERUNG UND TECHNOLOGISCHER WANDEL VERGRÖßERN DIE UNGLEICHHEIT

«Roboter übernehmen Arbeitsplätze.»

*Mitteldeutsche Zeitung*¹⁷

Was wird gesagt?

Zwei Faktoren verstärken die Ungleichheit der Einkommen. Zum einen die Globalisierung. Sie schafft einen Weltmarkt für Arbeitskräfte – und die sind weltweit im Übermaß vorhanden. Unternehmen können daher arbeitsintensive Produktion in Länder mit niedrigen Löhnen verlagern – oder damit drohen, um die heimische Belegschaft zu Lohnzurückhaltung zu bewegen. Die globale Konkurrenz der Arbeitnehmer_innen verläuft auch über die Produktmärkte: Heimische Produktion steht in Konkurrenz mit Importen aus Billiglohnländern, was auf die Löhne drückt. So lässt die Globalisierung tendenziell den Anteil der Löhne am

¹⁷ Kaufmann, Stephan: Maschinen werden zum System-Problem. Roboter übernehmen Arbeitsplätze, in: Mitteldeutsche Zeitung, 29.04.15, unter: www.mz-web.de/wirtschaft/maschinen-werden-zum-system-problem-roboter-uebernehmen-arbeitsplaetze-1429350.



Volkseinkommen sinken und den der Unternehmen steigen. In eine ähnliche Richtung wirkt die technologische Entwicklung. In Kurzform: Maschinen ersetzen einfache Tätigkeiten. Der Lohn der Unqualifizierten sinkt daher oder sie werden arbeitslos. Die Einkommen der Hochqualifizierten steigen dagegen. Anders gesagt: Jene, die durch die Maschinen ersetzt werden, fallen zurück. Jene, die die Maschinen steuern, steigen weiter auf. So verstärkt sich die Einkommensungleichheit zwischen den Arbeitnehmergruppen. Und die zwischen Kapital und Arbeit – die Unternehmen rationalisieren die Produktion ja nur, um Umsatz und Gewinn zu erhöhen. Fazit: «Sowohl die Globalisierung der Arbeit wie auch der technologische Wandel waren wichtige Faktoren hinter dem Rückgang des Einkommensanteils der Arbeit in den entwickelten Volkswirtschaften.»¹⁸

Was ist dran?

Die beschriebenen Trends gibt es ohne Zweifel. Bemerkenswert ist allerdings ihre Darstellung: «Globalisierung» und «Technologie» erscheinen als abstrakte und anonyme Kräfte, als Schicksal. Herausgekürzt beziehungsweise stillschweigend unterstellt ist dabei das Interesse jener, die diese Trends machen.

17

Ein Roboter an sich verrichtet seine Funktion. Er ist nur eine Maschine. Zum Treiber der Ungleichheit wird er nur, wenn er in den Dienst des Unternehmens gestellt wird: Lohnkostensenkung für mehr Gewinn, Marktanteile, Umsatz. Dem gleichen Zweck dient das «Offshoring» von Arbeitsplätzen in Länder mit niedrigeren Lohnkosten. Sprich: Die «Globalisierung» und der «technologische Wandel» sind keine anonymen Kräfte, denen wir uns alle beugen müssen und die schicksalhaft zu mehr Ungleichheit führen. Sie sind Ergebnis von Interessen – und haben Profiteure. Bedroht werden Löhne zum Beispiel in Deutschland daher nicht durch Maschinen oder durch billige Arbeitskräfte in China, sondern durch das unternehmerische Interesse, das sich beides zunutze macht.

¹⁸ Internationaler Währungsfonds (IWF): World Economic Outlook 2007, Washington 2007, S. 198, unter: www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2007/01/pdf/text.pdf.

DIE UNGLEICHHEIT IST FOLGE FALSCHER POLITIK

«Global gesehen ist die EU eine Gruppe reicher Länder, doch ein Viertel der Bevölkerung ist auch hier von Armut bedroht. Dies ist kein unabwendbares Schicksal, sondern Folge fehlgeleiteter Politik, die sich ändern lässt.»

Jörn Kalinski, Leiter der Kampagnenarbeit von Oxfam Deutschland¹⁹

Was wird gesagt?

«Wirtschaftswachstum beschert schon seit Jahren weiten Teilen der deutschen Bevölkerung keinen zusätzlichen Wohlstand mehr. [...] Diese Entwicklung ist die Folge einer Politik der sozialen Kälte. Seit Jahrzehnten wird in Deutschland Reichtum von unten nach oben verteilt. [...] Arbeitnehmer zahlen bis zu 45 Prozent Steuern auf ihr Einkommen, Aktionäre nur knapp über 25 Prozent.»²⁰

Was ist dran?

Einerseits hat die Steuerpolitik der vergangenen Jahre die Ungleichheit gefördert: Auf Kapitalerträge werden nur geringe Steuern fällig, was den Vermögenden nützt. Die Steuersenkungen kamen vor allem den Wohlhabenden zugute. Unternehmen profitierten von der Senkung der Körperschaftsteuer. Die Anhebung der Mehrwertsteuer traf Geringverdiener relativ stärker, denn sie müssen einen größeren Teil ihres Budgets für den Konsum ausgeben als reichere Haushalte (→ Abbildung 5 im Anhang).

Andererseits gilt zu bedenken: Der Staat verteilt permanent von oben nach unten um. Steuern und Abgaben werden als Prozentanteil vom Einkommen erhoben, was automatisch bedeutet: Je höher das Einkommen ist, desto höher ist die *absolute* Summe, die ein Haushalt an den Staat abführen muss. 20 Prozent von

¹⁹ Oxfam, Pressemitteilung, 8.9.2016, unter: www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2015-09-08-oxfam-bericht-ungleichheit-armut-europa-bedrohen-sozialen. ²⁰ Heinrich, Sebastian: Die deutsche Ungleichheit. Ein Kommentar, in: Mittelbayerische Zeitung, 23.2.2016, unter: www.mittelbayerische.de/politik-nachrichten/die-deutsche-ungleichheit-21771-art1345792.html.

5.000 Euro sind mehr als 20 Prozent von 2.000 Euro. Darüber hinaus steigt mit dem Einkommen auch der Steuersatz, also der *relative* Anteil, mit dem das Einkommen belastet wird: Großverdiener_innen zahlen bis zu 45 Prozent Steuern, Geringverdiener_innen weniger. Ergebnis: Die zehn Prozent der deutschen Haushalte mit den höchsten Einkommen zahlen etwa die Hälfte aller Einkommensteuern. Dies wird zuweilen als ungerecht hohe Belastung der Wohlhabenden interpretiert – ist aber gleichzeitig ein Zeichen dafür, wie viel sie verdienen.

Mit seinen Einnahmen wiederum sorgt der Staat zum Beispiel dafür, dass Leute, die gerade von den Unternehmen nicht gebraucht werden und deswegen keine Arbeit finden, trotzdem überleben können. Oder er baut Schulen und Straßen, die allen zur Verfügung stehen.

Wie viel der Staat nach unten umverteilt, kann mehr oder weniger sein. Was aber gern übersehen bzw. als banal unterstellt wird: Der Staat verursacht die Ungleichheit nicht. Das erledigen die Marktgesetze.

Betrachten wir die Sache näher: Dass die Einkommen der Bürger_innen sehr ungleich verteilt sind, hängt zunächst einmal damit zusammen, welche Rolle sie in der Produktion spielen: Sind sie Unternehmer_innen? Oder sind sie Arbeiter_innen? Unternehmer_innen lassen andere für sich arbeiten, um einen Gewinn zu erwirtschaften. Die Löhne sind für sie ein Kostenfaktor: Je höher der Lohn der Arbeiter_innen, die sie beschäftigen, desto geringer ihr Gewinn. Sie haben also ein Interesse daran, die Löhne möglichst niedrig zu halten. Und darüber hinaus: Diejenigen, die für den Zweck der Gewinne nicht gebraucht werden – die Arbeitslosen – erhalten keinen Lohn. Es ist daher kein Zufall, dass unter den Armen vor allem Erwerbslose sind und unter den Reichen vor allem Unternehmer_innen – also jene, die andere für sich arbeiten lassen.

In der Mitte zwischen Unternehmer_innen und Arbeitslosen finden sich die Lohnabhängigen. Auch innerhalb dieser Gruppe sind die Einkommen ungleich verteilt. Ob abhängig Beschäftigte mehr oder weniger verdienen, hängt wesentlich davon ab, wie erpressbar sie durch die Lohnzahler_innen sind: Gibt es

viele Bewerber_innen und wenige Jobs, drückt dies tendenziell das Lohnniveau. Umgekehrt ist es umgekehrt. Diese Unterschiede schafft der Markt. Staatliche Mindestlöhne, Tarifverträge oder eben hohe Steuersätze für Spitzenverdiener_innen verringern diese Ungleichheit.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Markt- und Produktionsgesetze schaffen eine grundsätzliche Ungleichheit von Einkommen und Vermögen. Diese Ungleichheit erkennt die Politik prinzipiell an, modifiziert sie aber: Der Staat verteilt per Steuern von oben nach unten um und korrigiert die Ungleichheit, allerdings ohne die Verteilung grundsätzlich zu ändern: Die oben bleiben oben, die unten bleiben unten. Diese begrenzte Umverteilung von oben nach unten hat der Staat in den letzten Jahren vermindert und damit die Ungleichheit wieder erhöht.

Anmerkung: Kritisiert wird in diesem Zusammenhang meist die Steuerpolitik. Tatsächlich gefördert hat die Politik die Ungleichheit aber auf eine andere Art und Weise: durch die Deregulierung der Ebene, auf der die Ungleichheit produziert wird. Dadurch konnten sich die Marktkräfte besser entfalten, was notwendigerweise zu mehr Ungleichheit geführt hat. In der Postbranche und im Verkehrssektor herrscht nun zum Beispiel der gewünschte freie Wettbewerb. Die Folge: Unternehmen haben Paketzusteller_innen oder Busfahrer_innen teils extrem niedrige Löhne gezahlt. Die Hartz-Gesetze haben Arbeitslose genötigt, sich auf dem Arbeitsmarkt zu nahezu jedem Preis anzubieten. Ergebnis: millionenfach Löhne unter sechs Euro pro Stunde (erst 2015 hat der Staat durch den Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde eine Untergrenze eingezogen). «Es sind aber auch genau diese flexiblen Arbeitsmärkte, die einen großen Beitrag zur zunehmenden Ungleichverteilung liefern (können)», resümiert die ING-DiBa Bank.²¹ In diesem Sinne ist die Politik schuld an der Ungleichheit.

UNGLEICHHEIT SPIEGELT BLOSS DIE UNTERSCHIEDLICHE PRODUKTIVITÄT DER MENSCHEN WIDER

«Vergesst nicht, welcher Gaul den Karren zieht.»

Jürgen Thumann, Präsident des Bundesverbands
der Deutschen Industrie (BDI), als Reaktion auf die Kritik
an hohen Managergehältern²²

Was wird gesagt?

Einkommen sind ungleich – einige verdienen mehr, andere weniger. Doch das ist an sich nicht ungerecht. Denn wer produktiver ist, der verdient auch mehr. «Vom Standpunkt der Meritokratie, welche Entlohnung und Leistung als (Entsprechungsverhältnis) betrachtet, ist nichts daran auszusetzen, dass Bildungs- und Produktivitätsdifferenzen sich im Einkommen spiegeln.»²³

21

Was ist dran?

Entscheidend ist hier, was mit «Produktivität» gemeint wird. Wie misst man die? Ein Vorstand eines Konzerns aus dem Deutschen Aktienindex verdient etwa 107-mal so viel wie ein Durchschnitts-Arbeitnehmer – weil er 107-mal produktiver ist? Eine Industriearbeiterin verdient doppelt so viel wie ein Altenpfleger – weil sie doppelt so produktiv ist? Wie vergleicht man die Produktivität eines Arztes mit der der Reinigungskraft, die seine Praxis putzt?

Möglich wäre noch der Vergleich der Produktion pro Zeiteinheit bei gleichen Tätigkeiten und halbwegs ähnlichen Produkten. Zum Beispiel könnte sich zeigen, dass der VW-Arbeiter in Wolfsburg mehr Autos pro Tag produziert als der Fiat-Arbeiter in Sizilien. Aber man kann nicht belegen, dass der VW-Manager

²¹ Brzeski, Carsten/Franke, Sebastian: Economic Research, hrsg. von der ING-Diba Bank, 24.3.2016, unter: www.ingbank.de/media/1604112/ing-diba-economic-research-ungleiche-krise-240316.pdf. ²² Jürgen Thumann zitiert nach: Spiegel Online, 17. 12.2007, unter: www.spiegel.de/wirtschaft/hohe-manager-gehaelter-wirtschaft-schlaegt-schaerfere-toene-an-a-523699.html. ²³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.3.2016.

in Wolfsburg produktiver ist als der VW-Arbeiter und der VW-Arbeiter produktiver als die Reinigungskraft im Werk. Denn die Tätigkeiten lassen sich nicht vergleichen. Und schon gar nicht lässt sich die Produktion des VW-Arbeiters mit der des Altenpflegers vergleichen.

Ökonom_innen greifen daher zu einem Trick: Sie berechnen zum Beispiel die Produktivität der Mitarbeiter_innen eines Betriebs, indem sie den Umsatz oder den Gewinn durch die Zahl der Mitarbeiter_innen teilen. Der Umsatz oder Gewinn je Mitarbeiter_in entspricht dann ihrer bzw. seiner Produktivität. Aber auch so lassen sich Verdienstunterschiede zwischen dem VW-Arbeiter und der VW-Reinigungskraft nicht rechtfertigen – die Produktion des Betriebs ist ihr Gemeinschaftswerk. Also müssten beide das Gleiche verdienen.

Vertreter_innen der Produktivitätsthese lösen das Problem einfach mit der Antwort: Natürlich seien Industriearbeiter_innen produktiver als Reinigungskräfte, das zeige ja ihr höheres Einkommen. Doch dieses Argument ist ein Zirkelschluss: Das höhere Einkommen der Arbeiter_innen soll ihre höhere Produktivität belegen, und diese höhere Produktivität soll wiederum ihre höheren Einkommen rechtfertigen.

Tatsache ist: Was Beschäftigte verdienen, hängt von vielen Dingen ab. Vor allem von den Machtverhältnissen am Arbeitsmarkt: Sind bestimmte Arbeitnehmer_innen gerade gefragt oder gibt es sie im Überangebot? Sind die Gewerkschaften stark oder schwach? Ist die Arbeitslosigkeit hoch oder niedrig? Gibt es einen wirtschaftlichen Boom oder eine Krise? Auch die Höhe der Lebenshaltungskosten in einem Land spielt eine Rolle (→ Argument 7 zur Globalisierung).

Eine kurze Anmerkung zur «Bildung»: Sie engt den Kreis der Bewerber_innen auf einen Job ein – daher gilt tendenziell: Je mehr Bildung, umso höher das Einkommen. Gleichzeitig weiß aber jeder taxifahrende Doktor der Philosophie und jede prekäre Web-Designer, dass Bildung kein hohes Einkommen garantiert (→ Argument 12 zur Bildung).



Produktivität



Stellenmarkt



Gewerkschaft



Wirtschaft



Bildung

KRISE



Lebenshaltungskosten

Machtverhältnisse am
ARBEITSMARKT

UNGLEICHHEIT IST GERECHT, WEIL SIE LEISTUNGSGERECHT IST

«Ungleichheit ist tatsächlich auch die Konsequenz unterschiedlicher Bildungs- und Ausbildungsbereitschaft. Sie ist auch die Folge von unterschiedlichem Arbeits-einsatz und von unterschiedlichen Vorstellungen vom eigenen Leben.»

Astrid Freudenstein, CSU-Bundestagsabgeordnete²⁴

Was wird gesagt?

Dass Einkommen ungleich sind, ist angemessen. Denn die Menschen sind unterschiedlich leistungsfähig. «Während die Tüchtigen aufsteigen [...], werden in einer arbeitsorientierten Leistungsgesellschaft nach «unten» vor allem jene abgegeben, die weniger tüchtig, weniger robust oder ganz schlicht ein bisschen dümmer und fauler sind.»²⁵

Was ist dran?

Es handelt sich hier um eine Variante des «Produktivitätsarguments» (→ Argument 8). Zunächst scheint die Schlussfolgerung einleuchtend – mehr Leistung, mehr Einkommen. Doch was ist «Leistung», wie misst man sie? Offensichtlich nicht daran, wie wichtig eine Tätigkeit gesellschaftlich ist. Sonst würden absolut notwendige Tätigkeiten wie Altenpflege und Gebäudereinigung nicht so schlecht bezahlt und Jobs wie Aktienhändler nicht so gut. Auch wie anstrengend ein Job ist, scheint kein Maßstab zu sein. Eher gilt: Je anstrengender, «dreckiger» eine Tätigkeit ist, umso schlechter wird sie entlohnt. Auch die Länge des Arbeitstags erklärt nicht die unterschiedlichen Bezahlungen.

Was also ist mit «Leistung» gemeint? Ökonom_innen messen sie an der «Produktivität». Wie kann man die messen? Gesamtwirtschaftlich, indem man die Wirtschaftsleistung eines Jah-

²⁴ Freudenstein, Astrid: Ungleichheiten abfedern. Rede zum Armuts- und Reichtumsbericht im Deutschen Bundestag, 18.6.2015, unter: www.cducsu.de/themen/familie-frauen-arbeit-gesundheit-und-soziales/ungleichheiten-abfedern. ²⁵ Sarrazin, Thilo: Deutschland schafft sich ab, München 2010, S. 79 f.

res – das Bruttoinlandsprodukt (BIP) – durch die Gesamtzahl der Arbeitnehmer_innen teilt (BIP je Arbeitnehmer_in). Pro Betrieb, indem man den Umsatz oder den Gewinn eines Unternehmens durch die Zahl seiner Beschäftigten teilt. Der Umsatz oder Gewinn je Arbeitnehmer_in entspricht dann ihrer bzw. seiner Leistung.

Das aber bedeutet: Was bei «Leistung» zählt, ist allein der Markterfolg eines Unternehmens. Verkauft sich das Produkt, so erwirtschaftet der Betrieb Umsatz und die Beschäftigten haben etwas geleistet. Nur wenn das Produkt profitabel für den Betrieb ist, fällt ein Gewinn je Mitarbeiter_in an.

Die «Leistung» von Arbeitnehmer_innen besteht also nicht in ihrer Anstrengung, in ihrem Einsatz, ihrer Motivation. Sondern allein darin, dass der Betrieb rentabel arbeitet. Das wiederum hängt von vielen Dingen ab: der Konjunktur, der Konkurrenz, den Werbemaßnahmen, den Wechselkursen, den Rohstoffpreisen, den Steuern und so weiter.

25

Daraus folgt erstens: Gerät ein Land in eine Krise, steigt die Arbeitslosigkeit und drückt auf Löhne und Gewinne, und damit sinkt die Leistung der Arbeitnehmer_innen, auch wenn sich ihre Tätigkeit nicht geändert hat.

Zweitens: Selbst wenn Beschäftigte vollen Einsatz bringen, selbst wenn sie 24 Stunden hart arbeiten und ein gutes Produkt herstellen – verkauft sich das Produkt nicht mit Gewinn, haben sie ökonomisch gesehen nichts geleistet.

Und drittens: Lohn und Leistung können sich auch gegensätzlich verhalten: Sinkt der Lohn, produziert der Betrieb billiger, verkauft mehr, erhöht Umsatz und Gewinn. Die «Leistung» der Arbeiter_innen hätte mithin darin bestanden, bei gleicher Tätigkeit weniger zu verdienen.

Die Rede von der «Leistungsgerechtigkeit» ist somit Ideologie. Ihre Vertreter_innen schließen schlicht vom Einkommen eines Menschen (Lohn oder Gewinn) auf seine Leistung nach dem einfachen Muster: Wer viel verdient, muss wohl viel geleistet haben – sonst hätte er ja nicht so viel verdient! Umgekehrt gilt

ein geringverdienender Mensch als «leistungsschwach». In dieser Sichtweise ist der Markt ein Mechanismus, der die individuellen Unterschiede der Menschen gerecht bewertet.

Das Markteinkommen entspricht somit der vermeintlichen «Leistung». Von dieser Leistung wird dann zurückgeschlossen auf angeborene oder erworbene Eigenschaften der Arbeitnehmer_innen – auf ihre Intelligenz, ihre Motivation, kurz: ihre «Leistungsfähigkeit». Damit ist das Markteinkommen individualisiert. Der Übergang zum Sozialdarwinismus fällt dann leicht: Wer nichts verdient oder arbeitslos ist, der oder die ist halt zu dumm oder faul – eben «leistungsschwach». Leicht fällt auch der Übergang zu Nationalismus und Wohlstands-Chauvinismus: Wenn Griechenland in der Krise ist, dann sind die Griech_innen wohl «faul» gewesen.

Leistungsgerechtigkeit ist die Ideologie der Gewinner_innen der Marktkonkurrenz. Sie können sich ihre Erfolge als gerechtes Ergebnis ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit zuschreiben. Die Erfolglosen, die Arbeitslosen, Armen, Geringverdienenden wiederum müssen sich wegen ihrer Leistungsschwäche schämen, sich mehr anstrengen – und vor allem keine Forderungen an die Erfolgreichen stellen.

Anmerkung: Dass der Markt die Leistung der Menschen angemessen vergütet – dies halten viele Menschen nicht für eine Realität: «Der X verdient mehr als ich, obwohl er stinkfaul ist» oder «Die Y verdient weniger, obwohl sie viel tüchtiger ist als die Z.» Hinter solchen Beschwerden steckt die Vorstellung einer Entsprechung von Lohn und angenommener Leistung – eine Entsprechung, die «eigentlich» gelten müsste, gegen die aber immerzu verstoßen wird. Diese Verstöße führen jedoch nicht zu einer Kritik an der falschen Vorstellung, dass der Lohn der Leistung entspreche, sondern bloß zu einer Kritik an den Zuständen, die dieser falschen Vorstellung nicht entsprechen.

ERBSCHAFTEN SIND UNGERECHT

«Erbenschaften sind leistungslose Einkommen.»

Gustav Horn, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)²⁶

Was wird gesagt?

Wer erbt, erhält Geld, für das er nichts geleistet, für das er nicht gearbeitet hat. Erbschaften sind somit «leistungsloses» oder «arbeitsloses» Einkommen. Das untergräbt den sozialen Frieden. «Unsere demokratischen Gesellschaften basieren auf einer meritokratischen Weltanschauung [...], womit ich einen Glauben an eine Gesellschaft meine, in der Ungleichheit eher auf Leistung und Anstrengung beruht als auf Verwandtschaft und Zinseinkommen», schreibt der französische Ökonom Thomas Piketty.²⁷

27

Was ist dran?

Erstens steht Erbschaften tatsächlich keine ökonomische Leistung des Erben oder der Erbin gegenüber. Zweitens fallen Erbschaften vor allem in den reichsten Haushalten an: Laut Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung werden jedes Jahr in Deutschland etwa 145 Milliarden Euro vererbt. Drei Viertel der Erbfälle liegen unter 100.000 Euro, 98 Prozent unter 500.000 Euro. Die zwei Prozent oberhalb von 500.000 Euro machen allerdings ein Drittel des gesamten vererbten Vermögens aus.²⁸ So weit ist die Beschwerde angemessen.

Aber: Die Beschwerde über «leistungslose» Einkommen basiert auf der Annahme, das Einkommen entspreche üblicherweise der Leistung. Dies ist unzutreffend. Die «Meritokratie», von der Piketty spricht, ist tatsächlich nur eine «Weltanschauung», keine Realität (→ Argument 9).

²⁶ Gustav Horn zitiert nach: Reeh, Martin: Betriebsvermögen stärker besteuern, in: die tageszeitung, 3.5.2016, www.taz.de/15297332/. ²⁷ Piketty, Thomas: Capital in the Twenty-First Century. Cambridge/MA, London 2014, S. 422. ²⁸ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Hohe Erbschaftswelle, niedriges Erbschaftsteueraufkommen, DIW-Wochenbericht 3/2016, Berlin 2016, unter: www.diw.de/sixcms/detail.php?id=div_01.c.524604.de.

Dass Erbschaften trotz «Leistungslosigkeit» als legitime und legale Einkommen gelten, speist sich nur aus einer Quelle: dem Eigentum. Wer Besitz hat, der kann darüber verfügen, kann ihn vererben oder verschenken. Eigentum ist im Kapitalismus eine eigene Einkommensquelle. Nicht nur bei Erbschaften, auch bei Zinsen oder bei anderen Kapitaleinkommen. Die Inhaberin einer Fabrik arbeitet oder arbeitet nicht – der Gewinn gehört ihr, weil ihr die Fabrik gehört. Sie hat Eigentum, sie kann also arbeiten lassen. Wer Erbschaften als «leistungsloses Einkommen» kritisiert, der müsste auch kritisieren, dass Eigentum Macht über gesellschaftliche Arbeit ist.

Anmerkung: Studien wie die des Peterson Institute haben herausgefunden: Etwas über die Hälfte der europäischen Milliardär_innen haben ihren Reichtum ererbt, das Vermögen der anderen Hälfte ist «selbst erwirtschaftet» («self made»).

²⁹ Zum «self made» sagt das Gedicht «Fragen eines lesenden Arbeiters» von Bertolt Brecht das Nötige:

Wer baute das siebentorige Theben?

In den Büchern stehen die Namen von Königen.

Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?

[...]

Der junge Alexander eroberte Indien.

Er allein?

Cäsar schlug die Gallier.

Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?

LÖSUNGSVORSCHLÄGE

Die Ungleichheit und die Konsequenzen, die daraus gezogen werden sollten, sind seit vielen Jahren Gegenstand der öffentlichen Debatte. Einige Forderungen und Vorschläge zur Lösung des Problems tauchen immer wieder auf und werden im Folgenden näher betrachtet.

11

WIR MÜSSEN CHANCENGLEICHHEIT SCHAFFEN

«Chancengleichheit ist der Schlüssel zum Erfolg, nicht Umverteilung.»

*Süddeutsche Zeitung*³⁰

Was wird gesagt?

In Deutschland sind die Möglichkeiten zum beruflichen Aufstieg unterschiedlich verteilt. Die «soziale Mobilität» ist gering, das bedeutet: Wer aus reichem Hause kommt, bleibt meist Teil der Oberschicht. Wer aus armem Hause kommt, bleibt unten. Das ist ungerecht. Um mehr Gerechtigkeit zu schaffen, muss daher die Chancengleichheit erhöht werden. «Die Selbstverpflichtung zu eigenen Leistungen und damit zu mehr Selbstverantwortung ist Grundbedingung der Solidarität. Chancengleichheit hat deshalb Vorrang vor Ergebnis- bzw. Verteilungsgleichheit. [...] Das wichtigste Betätigungsfeld des Staates liegt in der Schaffung von Chancengleichheit.»³¹

29

Was ist dran?

Tatsächlich sind die Chancen in Deutschland ungleich verteilt, und die soziale Mobilität ist gering. Mehr Chancengleichheit würde den Benachteiligten bessere Möglichkeiten zum Aufstieg gewähren. Chancengleichheit wird daher uneingeschränkt positiv bewertet – so wie Freiheit, Gerechtigkeit und

³⁰ Beise, Marc: Den Reichen nehmen hilft den Armen nicht, in: *Süddeutsche Zeitung*, 14.3.2014, unter: www.sueddeutsche.de/wirtschaft/kommentar-wo-wir-anpacken-muessen-1.2906375-2. ³¹ Pfeiffer, Ulrich et al.: Soziale Gerechtigkeit morgen. Thesenpapier des Managerkreises der Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2007, unter: <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/04263.pdf>.

Umweltschutz. Aber was kann Chancengleichheit wirklich bewirken?

Erstens geht es bei dem Plädoyer für Chancengleichheit – zuweilen auch «Chancengerechtigkeit» genannt – nie um die Gleichheit des Marktergebnisses, also der Einkommens- oder der Vermögensverteilung, sondern immer nur um die Gleichheit/Gerechtigkeit der Ausgangsbedingungen. Chancengleichheit bedeutet schlicht: Jede und jeder soll die gleiche oder zumindest eine «gerechte» Möglichkeit haben, an der Konkurrenz teilzunehmen.

Zweitens wird zuweilen angenommen, Chancengleichheit führe zu gleicherer Verteilung von Einkommen und Vermögen. Doch dies trifft nicht zu. Auch der chancengleiche Wettbewerb zeitigt Gewinner_innen und Verlierer_innen. Am Ende sind einige reich und andere arm. Chancengleichheit hätte nur Einfluss darauf, welche konkreten Personen reich sind und welche nicht.

30

Das heißt aber drittens, dass gleiche Chancen, also gleiche Ausgangsbedingungen am Ende nichts anderes bedeuten, als dass das Recht des Stärkeren, des «Leistungsfähigeren» gilt (→ Argument 9). Wenn alle anderen Faktoren wie Herkunft, Protektion usw. wegfallen, herrscht der reine Wettbewerb um Einkommen und Jobs. Den in der Konkurrenz Unterlegenen kann damit die Schuld an ihrer Niederlage zugewiesen werden. Das öffnet das Tor zum Leistungsraffismus, wie ihn etwa Thilo Sarrazin vertritt: «In einer wirklich chancengleichen Gesellschaft ist jemand nur noch aus Gründen «unten», die in seiner Person liegen.»³² Chancengleichheit dient also dazu, Ungleichheit zu rechtfertigen: Die Gewinner_innen waren eben besser, tüchtiger, leistungsfähiger als die Verlierer_innen. Das Projekt «Chancengleichheit» lässt sich damit zur sozialen Befriedung nutzen. «In allen Grundsatzdebatten wird Chancengleichheit zur großen Versöhnungslösung, die es verschmerzen lässt, dass Ergebnisungleichheit fast unausrottbar erscheint.»³³ Gleichzeitig lässt sich materielle Ungleichheit viel leichter tolerieren, wenn jede_r Einzelne das Gefühl hat, dass er oder sie es schaffen kann.

32 Sarrazin, Thilo: Deutschland schafft sich ab, München 2010, S. 158. 33 Pfeiffer, Ulrich et al.: Soziale Gerechtigkeit morgen. Thesenpapier des Managerkreises der Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2007, unter: <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/04263.pdf>.

Viertens: Zwar wünschen sich die Menschen in sämtlichen Umfragen mehr Sicherheit ihrer Lebensbedingungen. Dennoch ist «Chance» – die pure Möglichkeit des Erfolgs – ein positiv besetzter Begriff. Wer eine Chance hat, der darf sie nutzen. Sie erscheint als ein Gut, als etwas, das man besitzt und das man nutzen kann. Nicht hinterfragt wird, wer die Bedingungen für Erfolg setzt, denen sich alle, die «ihre Chancen nutzen», unterwerfen müssen. «Die naive Zustimmung zu einer Veranstaltung, in der Chancen gegeben werden, befördert daher vornehmlich den objektiven Nutzen solcher Interessengruppen, die die Bedingungen der Chancen hergestellt haben und kontrollieren.»³⁴

Fünftens lassen sich mit dem Verweis auf Chancengerechtigkeit Sozialkürzungen und Niedriglöhne legitimieren. So wandte sich die arbeitgeberfinanzierte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft «gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, denn der mache Arbeit teurer, vernichte so Arbeitsplätze und damit Chancen. Ein Mindestlohn sei daher «ungerecht», so die INSM».³⁵

So wichtig mehr Chancengleichheit gerade für die Benachteiligten wäre – zu mehr Gleichheit der Ergebnisse führt sie nicht, solange die Bedingungen von Auslese und Konkurrenz gleich bleiben.

WIR BRAUCHEN MEHR INVESTITIONEN IN BILDUNG

«Bildung ist mit Abstand die effektivste Möglichkeit, Ungleichheit zu verringern.»

Andreas Peichl, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)³⁶

Was wird gesagt?

Menschen mit höherer Bildung verdienen in der Regel mehr, Unqualifizierte hingegen weniger. Der Staat muss daher dafür sorgen, dass allen Zugang zur Bildung ermöglicht wird, um den Menschen Zugang zu höheren Einkommen zu ermöglichen. «Zur Begrenzung der Ungleichheit von Arbeitseinkommen spielen Investitionen in Bildung eine zentrale Rolle», so der Ökonom Clemens Fuest in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.³⁷

32

Was ist dran?

Unbestreitbar ist, dass besser Gebildete höhere Einkommen erzielen. Doch daraus kann man nicht schließen, dass alle gut verdienen würden, wenn nur alle gebildet wären. Denn die gesellschaftliche Berufs- und damit Lohnhierarchie besteht bereits: Es braucht Ärzte, Manager, Frisöre, Beamte, Müllwerker. Auf diese Positionen werden die Menschen verteilt. Anders gesagt: Höhere Bildung schafft keine guten Jobs, sie erhöht nur die Chance, einen von ihnen zu ergattern. Hätten am Ende alle einen Dokortitel, dann litte Deutschland an einer allgemeinen «Überqualifikation», der Staat hätte an den Bedürfnissen des Marktes vorbei qualifiziert. Wir können nicht alle Vorstandsvorsitzende sein. Wer für mehr Gleichheit sorgen will, der muss an den Markteinkommen ansetzen und bessere Jobs schaffen.

Alle sollen gute Bildung genießen, damit alle am Ende hohe Einkommen erzielen – das ist mit der Forderung nach Bildung

³⁶ Andreas Peichl zitiert nach: Böcking, David: Wachsende Ungleichheit: Was gegen Deutschlands Spaltung hilft, Spiegel Online, 14.3.2016, www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deutschland-was-gegen-die-wachsende-spaltung-hilft-a-1081697.html. ³⁷ Fuest, Clemens: Zehn Thesen zur Ungleichheitsdebatte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.2.2016, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/zew-praesident-clemens-fuest-zur-ungleichheitsdebatte-14065158.html.

meist auch gar nicht gemeint. Sondern bloß die *Chance* auf mehr Bildung. «Zentral für mehr Wirtschaftswachstum und damit auch mehr Verteilungsgerechtigkeit ist die Gewährung von Bildungschancen und -zugängen für alle.»³⁸

Auch bei der Forderung nach «Bildung» besteht die Gefahr, dass sie als Ersatz für gerechtere Einkommen und Umverteilung ins Feld geführt wird – so wie von Guido Westerwelle: «Eine Gerechtigkeitsdebatte ist willkommen, darf aber nicht mit Umverteilung verwechselt werden [...]. Ein Land ist dann gerecht, wenn persönlicher Aufstieg durch gute Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.»³⁹

13

WIRTSCHAFTSWACHSTUM VERRINGERT DIE UNGLEICHHEIT

33

«Wachstum hilft den Schwachen.»

Institut der Deutschen Wirtschaft (IW)⁴⁰

Was wird gesagt?

Der Weg zur Bekämpfung der Ungleichheit führt letztlich über mehr Wirtschaftswachstum. Der «Kuchen» soll nicht anders verteilt, sondern vergrößert werden. Das bringt mehr Einkommen und mehr Chancen für alle. Mehr Freiheit für die Unternehmen, geringere Steuerbelastungen schaffen «mehr Wirtschaftswachstum und *damit* auch mehr Verteilungsgerechtigkeit».⁴¹

Was ist dran?

Tatsächlich schafft Wirtschaftswachstum mehr Reichtum, der verteilt werden *kann*. Wie er sich verteilt, ist damit aber noch

³⁸ Pfeiffer, Ulrich et al.: Soziale Gerechtigkeit morgen. Thesenpapier des Managerkreises der Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2007, unter: <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/04263.pdf>. ³⁹ Westerwelle, Guido: Kein Mangel an Umverteilung, Interview, in: Bild, 2.4.2013, unter: www.bild.de/politik/inland/bundestagswahl/guido-westerwelle-interview-fdp-29728446.bild.html. ⁴⁰ Institut der Deutschen Wirtschaft (IW): Wachstum hilft den Schwachen, IW-Kurzbericht, 5.7.2013, unter: www.iwkoeln.de/studien/iw-kurzberichte/beitrag/armutsbekaempfung-wachstum-hilft-den-schwachen-118242. ⁴¹ Pfeiffer, Ulrich et al.: Soziale Gerechtigkeit morgen. Thesenpapier des Managerkreises der Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2007, unter: <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/04263.pdf> (Hervorhebungen d. A.).

nicht gesagt. Immerhin hat zum Beispiel der mittlere Monatslohn in Deutschland nach der Wiedervereinigung über 20 Jahre per Saldo stagniert. Die Wirtschaftsleistung dagegen ist im selben Zeitraum real (also inflationsbereinigt) um ein Drittel gestiegen. «Interessant ist, dass sich die Ungleichheiten tendenziell in Krisen verstärken, in guten Zeiten aber nicht abnehmen.»⁴²

Das Plädoyer für Wirtschaftswachstum ist zudem meist ein Plädoyer für die Verteilungsergebnisse des Marktes – also gegen staatliche Umverteilung durch «leistungsfeindliche» Steuern: «Die Steuer- und Abgabenbelastung, mit der die Bürger in Deutschland, insbesondere die hart arbeitende Mittelschicht, belastet wird, ist entschieden zu hoch und massiv leistungshemmend», so Jörg Meuthen, Sprecher der Partei Alternative für Deutschland (AfD).⁴³ Ins gleiche Horn bläst die FDP: «Es gibt keinen Mangel an Umverteilung in Deutschland. Wir brauchen mehr Leistungs- und Chancengerechtigkeit, keine weiteren Belastungen der Mittelschicht.»⁴⁴

Die Hoffnung auf Wirtschaftswachstum verbindet sich meist mit der Forderung nach mehr «Freiheit» – vor allem der Freiheit der Unternehmen von Steuern und Abgaben, mit denen der Staat Umverteilung organisiert und öffentliche Dienste bereitstellt. «Damit der Kuchen insgesamt wieder größer wird [...], brauchen wir wieder mehr Freiheit», so der CDU-Politiker Roland Pofalla.⁴⁵ Umgekehrt bedeute Umverteilung in letzter Konsequenz Stillstand: «Wer Ungleichheit abschaffen wollte, müsste auf den Fortschritt verzichten. So war das in der DDR.»⁴⁶ Das sagt auch DDR-Forscher Klaus Schroeder: «Ungleichheit in Deutschland ist produktiv, weil sie Anreize bietet, Risiken einzugehen, Unternehmen zu gründen und viel zu arbeiten.»⁴⁷

42 Brzeski, Carsten/Franke, Sebastian: Economic Research, hrsg. von der ING-Diba Bank, 24.3.2016, unter: www.ingbank.de/media/1604112/ing-diba-economic-research-ungleiche-krise-240316.pdf. **43** Meuthen, Jörg: Jetzt endlich die Bürger entlasten, Pressemitteilung, 26.8.2015, unter: www.alternativefuer.de/tag/meuthen/page/5/. **44** Westerwelle, Guido: Kein Mangel an Umverteilung, Interview, in: Bild, 2.4.2013, unter: www.bild.de/politik/inland/bundestagswahl/guido-westerwelle-interview-fdp-29728446.bild.html. **45** Pofalla, Roland: Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit, ohne Datum, unter: <http://cdudo.de/wp-content/uploads/2006/01/essay-pofalla.pdf>. **46** Hank, Rainer: Ein Lob der Ungleichheit, faz.net, 21.2.2016, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/waechst-die-ungleichheit-warum-ist-sie-schlecht-ein-schwerpunkt-14081565.html. **47** Klaus Schroeder zitiert nach: Hauser, Jan: «Ungleichheit ist unverzichtbar», in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.4.2016, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/ddr-forscher-klaus-schroeder-ueber-den-sozialstaat-14155757.html.

Der «Freiheit» des Marktes wird die «Gleichmacherei» gegenübergestellt: «Wettbewerb statt Gleichmacherei» lautete einer der Programmpunkte der AfD bei der Wahl zum Europaparlament 2014. Der freie Markt gilt demnach als etwas «Natürliches», mithin Angemessenes, Gerechtes. Im Gegensatz dazu steht die «Gleichmacherei», die die Ergebnisse des Marktes «künstlich» verfälscht und «leistungshemmend» wirkt. Zu Letzterem: Erstens legen die empirischen Daten nahe, dass tendenziell gleichere Gesellschaften ein höheres und stabileres Wirtschaftswachstum erzielen.⁴⁸ Ungleichheit ist mithin offensichtlich keine Voraussetzung für Wachstum.

Zweitens: Soll «leistungshemmend» bedeuten, dass ein Mensch einen gut bezahlten Posten nicht antritt, also ein höheres Einkommen ablehnt, oder dass er kein Unternehmen gründet, weil der Spitzensteuersatz steigt – ihm also mehr von seinem höheren Einkommen nimmt? Das ist kaum glaubhaft.

Drittens suggeriert der beliebte Begriff «Steuer- und Abgabenbelastung», dass Beschäftigte mit Steuern und Sozialbeiträgen nur belastet werden und nichts davon haben. Das ist falsch. Mit den Beiträgen werden Renten, Arbeitslosengeld, Arztbesuche und so weiter bezahlt. Wer behauptet: Die Wirtschaft wird angekurbelt, wenn die «Steuern- und Abgabenlast» sinkt, sagt damit: Die Wirtschaft wird angekurbelt, wenn die Einkommen von Millionen Menschen beschnitten werden.

In der Verteilungsdebatte bedeutet das Plädoyer für mehr Wirtschaftswachstum letztlich: Jeder und jede soll sich anstrengen und schauen, was am Ende für ihn oder sie übrig bleibt. Mehr als einen Arbeitsplatz darf der oder die Einzelne nicht beanspruchen: «Sozial ist, was Arbeit schafft» bedeutet auch: Sozial gerecht ist, was Arbeit schafft. Sich für Unternehmen und das Wirtschaftswachstum nützlich zu machen, damit diese Arbeitskräfte benötigen – das gilt als die zentrale Dienstleistung des Staates für seine Bürger_innen. Damit zieht sich der Staat aus der Verantwortung, die Ungleichheit wirksam abzubauen.

⁴⁸ Vgl. Internationaler Währungsfonds (IWF): Redistribution, Inequality and Growth, IMF Discussion Note, Washington 2014, unter: www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2014/sdn1402.pdf; OECD: Focus on Inequality and Growth, Paris 2014, unter: www.oecd.org/social/Focus-Inequality-and-Growth-2014.pdf.

WENIGER UNGLEICHHEIT FÖRDERT DAS WIRTSCHAFTSWACHSTUM

«Mehr Gerechtigkeit führt zu mehr Wachstum.»

Klaus Barthel, SPD-Politiker⁴⁹

Was wird gesagt?

Untersuchungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zeigen, dass das Wirtschaftswachstum in gleicheren Gesellschaften tendenziell höher und stabiler ist.⁵⁰ Zumindest ab einem bestimmten Zeitpunkt beginnt wachsende Ungleichheit, das Wachstum zu beeinträchtigen. Ein Grund dafür: Die unteren Schichten erhalten tendenziell weniger – sie sind es aber, die ihre Einkommen zum größeren Teil für den Konsum ausgeben, also das Wachstum antreiben. Die oberen Schichten dagegen erhalten relativ mehr – allerdings sparen sie einen größeren Teil ihres Einkommens, der damit nicht nachfragewirksam wird. Folge: Das Wirtschaftswachstum sinkt. Der DIW-Chef Marcel Fratzscher kritisiert, dass sich Deutschland in den vergangenen Jahren zu «einem der ungleichsten Länder der industrialisierten Welt» entwickelt habe. Dadurch seien allein im Zeitraum zwischen 1990 und 2010 Wachstumseinbußen im Wert von 160 Milliarden Euro zu verzeichnen gewesen, rechnet der DIW-Chef unter Bezug auf eine Studie der Industrieländer-Organisation OECD vor.⁵¹

Was ist dran?

Tatsächlich scheinen die von OECD und IWF beobachteten Trends zu existieren – auch wenn es Berechnungen gibt, die keinen Zusammenhang von Ungleichheit und Wachstum finden.⁵²

⁴⁹ Klaus Barthel im Interview mit dem Deutschlandfunk, 26.1.2016, unter: www.deutschlandfunk.de/vermoegensverteilung-mehr-gerechtigkeit-fuehrt-zu-mehr.694.de.html?dram:article_id=343622. ⁵⁰ Internationaler Währungsfonds (IWF): Redistribution, Inequality and Growth, IMF Discussion Note, Washington 2014, unter: www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2014/sdn1402.pdf. ⁵¹ Fratzscher, Marcel: «Die soziale Marktwirtschaft existiert nicht mehr», in: Der Spiegel, 11.3.2016, unter: www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deutschland-di-w-warnt-vor-wachstumsschwaechе-durch-ungleichheit-a-1081789.html. ⁵² Krugman, Paul: Musings on Inequality and Growth, in: The New York Times, 8.6.2015, unter: http://krugman.blogs.nytimes.com/2015/06/08/musings-on-inequality-and-growth/?_r=0.

Doch auch wenn er existiert, so stellt sich die prinzipielle Frage: Würde Ungleichheit nicht dem Wachstum schaden – wäre sie dann in Ordnung?

Drittens: Unter Wirtschaftswachstum versteht man das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Dieses BIP wiederum ist an sich gänzlich verteilungsblind – es sagt nichts darüber aus, wer wie viel von ihm erhält. Die wachsende Ungleichheit jedoch legt nahe, dass es vor allem die Reichen sind, die vom BIP-Wachstum profitieren. «Hohes Wirtschaftswachstum führt meistens dazu, dass die Einkommenskonzentration auch am oberen Rand wächst.»⁵³ Das Argument «Ungleichheit schadet dem Wachstum» will daher sagen, dass die zunehmende Ungleichheit vor allem den Reichen schadet. Sich darüber aufzuregen, fällt schwer. «Wenn es uns nicht aufregt, dass die Armen ärmer werden, während die Mittelschicht bestenfalls stagniert und die schon unanständig Reichen grotesk reich werden, dann sollen wir nun anfangen uns zu sorgen, weil dadurch das BIP nicht richtig steigt. Nein danke.»⁵⁴

⁵³ Bartels, Charlotte/Schröder, Carsten: Zur Entwicklung von Top-Einkommen in Deutschland seit 2001, DIW-Wochenbericht 1/2016, unter: www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.523577.de. ⁵⁴ Häring, Norbert: Geistige Verrenkungen eines besorgten Ökonomen, Blog, 11.3.2016, unter: <http://norberthaering.de/de/27-german/news/576-verteilungskampf#weiterlesen>.

«Die Flüchtlingskrise wird teuer für Deutschland, sehr teuer.» So beginnt ein Video auf der Internetseite der Zeitung *Die Welt*, in dem der Ökonom Clemens Fuest Kosten in Milliardenhöhe durch die Geflüchteten prophezeit.⁵⁵ Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft schätzt, dass der deutsche Staat 2016 rund 22 Milliarden Euro aufwenden muss, um 1,5 Millionen geflüchtete Menschen unterzubringen, zu verpflegen und ihnen Sprachkurse anzubieten. Angesichts solcher Milliardenprognosen ist davon die Rede, dass der «Flüchtlingsansturm» Deutschland überfordert. Ähnlich verhält es sich mit sogenannten sozialen Wohltaten wie der Rente mit 63, die sich Deutschland angeblich auch nicht leisten kann. Der *Focus* spricht beispielsweise von «horrenden» Kosten von jährlich drei Milliarden Euro.

38

22 Milliarden, drei Milliarden, das ist sehr viel Geld. Einerseits. Andererseits werden deutsche Aktiengesellschaften 2016 noch mehr Geld an Aktionär_innen verteilen. Laut Aktionärsvereinigung DSW werden insgesamt rund 42 Milliarden Euro aus den Gewinnen an Aktienbesitzer_innen ausgeschüttet, eine ähnliche Summe wie im Vorjahr. Dieser Geldfluss wurde – anders als die Kosten für Geflüchtete – nicht monatelang öffentlich diskutiert und mit Entsetzen beäugt. Das Nettogeldvermögen der deutschen Haushalte, zu dem Bargeld, Spareinlagen und Aktien gehören, ist binnen eines Jahres laut Bundesbank um 200 Milliarden Euro gestiegen, Immobilien nicht eingerechnet.

In Deutschland mangelt es nicht an Geld, um die materielle Existenz von Inländer_innen und Ausländer_innen zu sichern. Das Problem: Wer hat es und wozu wird es verwendet? Der Wohlstand ist hierzulande in den vergangenen Jahren kräftig gewachsen. Einige wenige haben davon profitiert und viele andere gar nicht. Wir leben «in Zeiten, in denen nur noch die Reichen reicher werden, die Unter- und Mittelschichten seit 15 Jahren kaum noch Einkommenszuwächse erzielen und die Vermögensverteilung in Deutschland extrem ungleich ist», so

⁵⁵ Vgl. das Video unter: www.welt.de/wirtschaft/article147697183/Kosten-von-bis-zu-30-Milliarden-Euro-jedes-Jahr.html.

Stefan Bach vom DIW.⁵⁶ Als Folge der Steuersenkungen greift die Politik heute weniger als früher in die ungleiche Verteilung der Markteinkommen ein. So ist die Ungleichheit stetig gewachsen und mittlerweile sehr groß. Das ist nicht mehr wegzudiskutieren.

Um die Ungleichheit zu verringern, gibt es ein naheliegendes Mittel: mehr Umverteilung von oben nach unten. Mehr Geld für Beschäftigte, weniger für Kapitalbesitzer_innen. Mehr Geld für Geflüchtete, Alte und Arbeitslose, das sich der Staat über Steuern von Reichen holt. Doch die Forderung nach Umverteilung fristet in der Ungleichheitsdebatte ein Schattendasein.

Stattdessen hat sich ein Bündel an Rechtfertigungen herausgebildet, deren Kernaussagen lauten: *Erstens* ist die Ungleichheit gar nicht so schlimm – die Armen sind in Wirklichkeit gar nicht arm. *Zweitens* ist Ungleichheit im Prinzip richtig – wer mehr leistet, hat auch mehr verdient.

39

In diese Argumentation fügen sich zwei zentrale Lösungsvorschläge, die die öffentliche Debatte prägen: Wir brauchen mehr Chancengleichheit und mehr Bildung. Hinter diesen Forderungen sammeln sich linke und rechte Politiker_innen, Ökonom_innen und Kommentator_innen. Doch so wichtig es ist, dass nicht nur die Kinder von Wohlhabenden eine Chance auf gute Jobs und Einkommen haben: Die Chancengleichheit allein ist kein Mittel gegen Ungleichheit. Sie bedeutet nur, dass jede und jeder beim Wettbewerb mitmachen darf. Am Ende gibt es Gewinner_innen und Verlierer_innen, Reiche und Arme. Wenn wenige Gewinner_innen mit Einkommen in Millionenhöhe belohnt werden und vielen Verlierer_innen nur Hartz IV bleibt, dann widerspricht dies nicht der Idee der Chancengleichheit. Sie ist also keine Alternative zur Umverteilung

Es gibt ein Argument, das aus diesem Rahmen fällt: Die gewachsene Ungleichheit schadet dem Wirtschaftswachstum. Darin steckt im Grunde das Eingeständnis, dass der Markt aus sich heraus Zustände produziert, die das System schwächen.

⁵⁶ Bach, Stefan: Erbschaftsteuer: Die bayerische Demontage, DIW-Wochenbericht 19/2016, 11.5.2016, unter: www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.533488.de/16-19-4.pdf.

Wenn führende Institutionen wie die Industrieländer-Organisation OECD und der IWF so argumentieren, zeigen sie damit eine gewisse Offenheit gegenüber Alternativen zum Neoliberalismus der vergangenen Jahrzehnte. Weniger Ungleichheit würde in diesem Denkmuster das System stabilisieren. Ob man dieser These folgt oder nicht, ob man sie mag oder nicht: Durchsetzen müssen die Umverteilung jedenfalls andere – diejenigen, die davon profitieren würden, und ihre Verbündeten. Auf den IWF oder die Bundesregierung sollte man nicht warten.

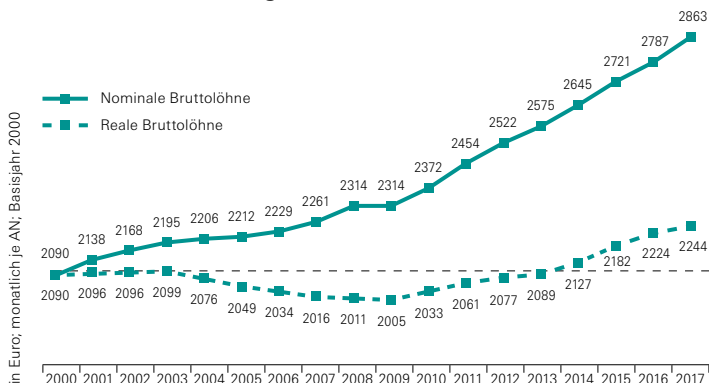
ANHANG: FAKTEN ZU EINKOMMEN, VERMÖGEN, VERTEILUNG⁵⁷

Arbeitseinkommen: In den Jahren 2014 und 2015 legten die Löhne in Deutschland zwar etwas stärker zu. Auf lange Sicht jedoch ist das Plus mager. Zwar stieg der durchschnittliche Bruttolohn je Monat seit 1991 um 64 Prozent. Abzüglich Steuern, Abgaben und Inflation blieb jedoch kaum etwas übrig. Letztlich verdienten die Durchschnittsbeschäftigten im vergangenen Jahr pro Person monatlich 20 Euro weniger als im Jahr 1992 – und nur 50 Euro mehr als im Jahr 2000. «Gründe hierfür waren unter anderem die Lohnzurückhaltung in den Jahren ab 2003 sowie der Ausbau des Niedriglohnsektors, in dem heute etwa ein Fünftel aller Beschäftigten arbeitet.»⁵⁸

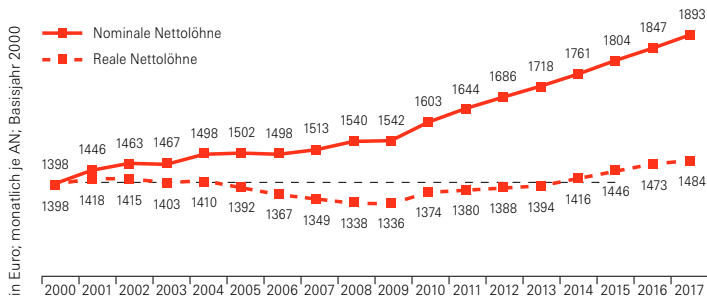
Auch die stark gewachsene Zahl der Teilzeitstellen hat die durchschnittlichen Monatseinkommen gedrückt. Doch auch die Stundenlöhne haben sich schwach entwickelt. Seit der Jahrtausendwende stiegen die Bruttostundenlöhne preisbereinigt im Schnitt um 0,6 Prozent pro Jahr.⁵⁹

41

Abbildung 1: Entwicklung der nominalen sowie realen Monatslöhne und -gehälter (brutto und netto)



⁵⁷ Die folgenden Daten stammen vor allem aus dem Verteilungsbericht 2016 des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der dafür andere Quellen ausgewertet hat; vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB): Gereicht verteilen – Wohlstand sichern. DGB Verteilungsbericht 2016, Berlin 2016, unter: www.dgb.de/themen/++co++56e1d1a2-dc76-11e5-8b6e-52540023ef1a. ⁵⁸ Kaufmann, Stephan: Hohe Ungleichheit bei Einkommen, in: Frankfurter Rundschau, 28.2.2016, unter: www.fr-online.de/wirtschaft/verteilungsbericht--hohe-ungleichheit-bei-einkommen,1472780,33885732.html. ⁵⁹ Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.1 (2013) und Reihe 1.4 (2015), eigene Berechnungen.



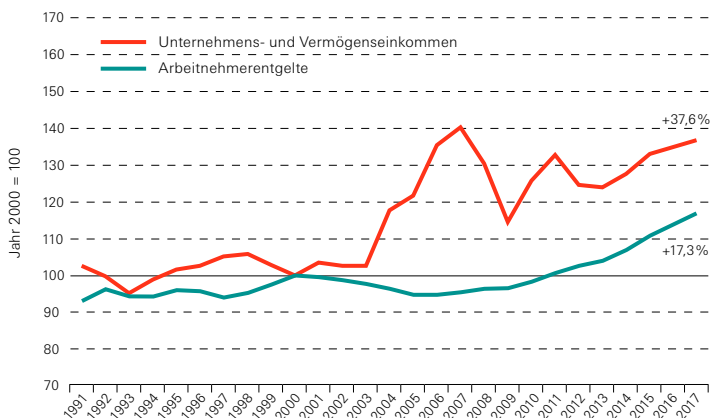
Quelle: DGB Verteilungsbericht 2018, <https://www.dgb.de/themen/++co++f786cb5e-c19c-11e8-a3a6-52540088cada>

Kapitaleinkommen: Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen in den vergangenen Jahren stärker als die Arbeitnehmerentgelte (Arbeitskosten der Unternehmen inklusive ihrer Sozialbeiträge).

42

Unter den Kapitaleinkommen legten laut DGB die Betriebsüberschüsse weniger stark zu als die Einkommen aus Vermögen – also zum Beispiel aus Finanzanlagen. Zwischen 2000 und 2014 stiegen die Betriebsüberschüsse jährlich durchschnittlich um 3,4 Prozent, die Vermögenseinkommen dagegen um 8,2 Prozent.

Abbildung 2: Reale Entwicklung der Einkommen



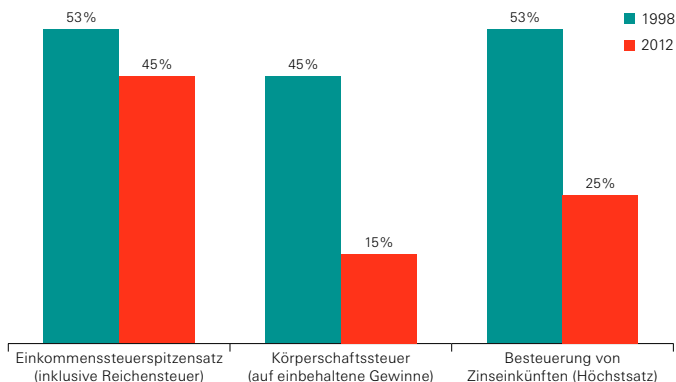
Quelle: DGB Verteilungsbericht 2018, <https://www.dgb.de/themen/++co++f786cb5e-c19c-11e8-a3a6-52540088cada>

Lohnkluft: Im vorigen Punkt ging es um die funktionale Verteilung – also um die Frage, wie viel Einkommen Arbeitnehmer_innen und wie viel die Kapitalgeber_innen auf sich ziehen können. Nun geht es um die personelle Einkommensverteilung: Hier lag die Ungleichheit im Jahr 2014 laut DGB so hoch wie nie zuvor. 1998 galten noch 10,5 Prozent aller Personen in Deutschland als einkommensarm – das entspricht derzeit einem verfügbaren Monatseinkommen von netto maximal 917 Euro. Im Jahr 2014 waren es 15,4 Prozent. Gleichzeitig waren 1998 rund 6,2 Prozent aller Bundesbürger_innen einkommensreich – das entspricht einem Monatseinkommen von mindestens 3.057 Euro netto. 2014 waren es 8,2 Prozent. Die Schere öffnet sich. Gleichzeitig bleibt die «Einkommensmobilität» gering: Wer arm ist, bleibt das in der Regel auch. Finanzieller Auf- oder Abstieg wird seltener.

Die Gründe sind vielfältig: Auf der einen Seite wurde ein Niedriglohnsektor etabliert. Auf der anderen Seite verzeichnen Gutverdiener_innen hohe Einkommen. So erhielt ein Vorstand eines Unternehmens aus dem Deutschen Aktienindex (DAX) 2014 im Schnitt das 107-Fache dessen, was ein durchschnittlicher Einkommensbezieher verdiente. Das bedeutet: Für ein durchschnittliches Vorstandsgehalt eines Jahres hätte die oder der abhängig Beschäftigte 107 Jahre arbeiten müssen. Zudem «sind die Steuern für Spitzenverdiener durch die rot-grüne Steuerreform massiv gesenkt worden, sodass Spitzeneinkommen heute proportional weniger belastet werden».⁶⁰

⁶⁰ Bartels, Charlotte/Schröder, Carsten: Zur Entwicklung von Top-Einkommen in Deutschland seit 2001, DIW-Wochenbericht 1/2016, S. 10, unter: www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.523572.de/16-1.pdf.

Abbildung 3: Steuergeschenke für Spitzenverdiener, Unternehmer und Vermögensbesitzer



Quelle: Ver.di (Hrsg.): Fair teilen! Höhere Löhne, Steuergerechtigkeit, Sozialstaat stärken!, Darmstadt 2013, S. 10, unter: www.verdi.de/++file++51c462d56f68443428000139/download/0719_03_Bro_Wipo.pdf, Angaben ohne Solidaritätszuschlag

44

Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erhielt 2011 das reichste eine Prozent der Einkommensbezieher_innen etwa 13 Prozent des Gesamteinkommens. 2001 seien es nur ungefähr elf Prozent gewesen. Zu diesen Spitzenverdiener_innen gehört man, wenn man brutto mehr als 150.000 Euro bezieht. «Hohe Einkommen (und Vermögen) ermöglichen unter anderem besondere politische und gesellschaftliche Einflussnahme.»⁶¹

Insgesamt ist die Einkommensungleichheit in Deutschland höher als im Durchschnitt der Industrieländer. Dies gilt aber nur für den Zustand vor staatlichen Abzügen und Unterstützungen. Berücksichtigt man Steuern und Transferleistungen, so liegt die Einkommensungleichheit bloß im Durchschnitt.

Das bedeutet: Per Umverteilung gleicht der Staat einen Teil der Ungleichheit der Markteinkommen aus. Dies tut er laut DGB allerdings immer weniger. «Der Staat nimmt die Rolle eines ausgleichenden [...] Akteurs immer weniger wahr.»⁶² Mit der wach-

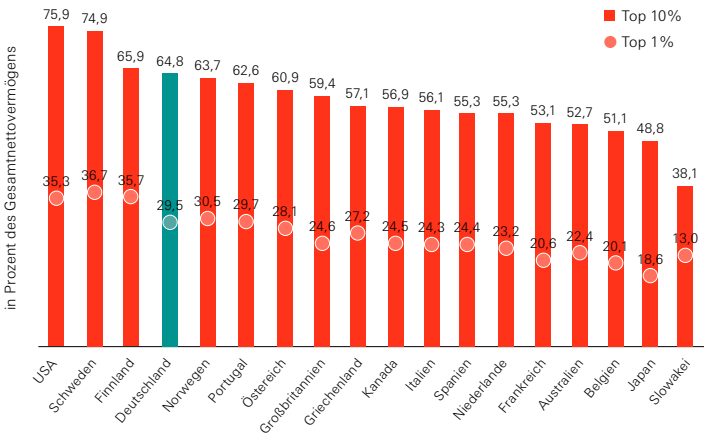
⁶¹ Bartels, Charlotte/Schröder, Carsten: Zur Entwicklung von Top-Einkommen in Deutschland seit 2001, DIW-Wochenbericht 1/2016, S. 4, unter: www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.523577.de. ⁶² Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB): Gerecht verteilen – Wohlstand sichern. DGB Verteilungsbericht 2016, Berlin 2016, S. 46, unter: www.dgb.de/themen/++co++56e1d1a2-dc76-11e5-8b6e-52540023ef1a.

senden Kluft zwischen den Markteinkommen wird es für den Staat immer aufwendiger, die Ungleichheit per Umverteilung wieder zu verringern.

Vermögen: Wesentlich krasser als bei den laufenden Einkommen ist die Ungleichheit bei den Vermögen. Sie sind so ungleich verteilt wie in kaum einem anderen Industrieland. Insgesamt beläuft sich das Vermögen in Deutschland auf sechs bis neun Billionen Euro – so genau weiß man das nicht, da seit der Abschaffung der Vermögensteuer keine Daten mehr erhoben werden. Die Statistiker_innen sind auf Umfragen angewiesen, an denen die Superreichen allerdings kaum teilnehmen. Alle Daten sind daher mit Unsicherheiten behaftet.

Laut DIW gehören den wohlhabendsten zehn Prozent der Deutschen knapp 60 Prozent des gesamten Nettovermögens – Immobilien, Finanzanlagen, Versicherungen, Betriebsvermögen abzüglich Schulden. Dem reichsten einen Prozent gehört fast ein Viertel. Die unteren 70 Prozent teilen sich nur zehn Prozent des Vermögens. Rund 30 Prozent der Deutschen haben unterm Strich gar kein Vermögen oder sie haben Schulden.

Abbildung 4: Vermögenskonzentration im internationalen Vergleich



Quelle: Credit Suisse Global Wealth Data Book 2018, unter: <https://0cn.de/x8du>

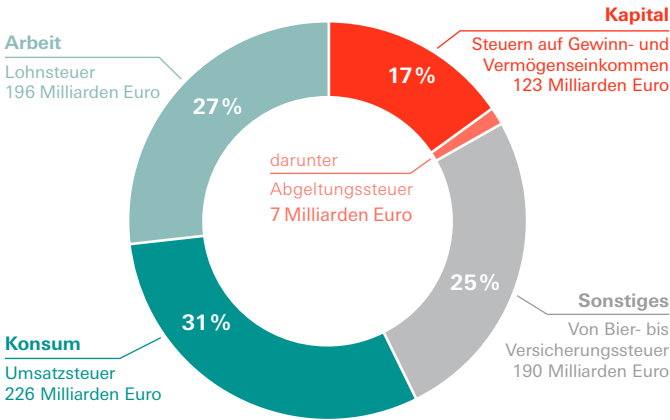
Die Ungleichheit verschärft sich, wenn man versucht, die Vermögen der Superreichen in die Rechnung einzubeziehen. Das DIW schätzt, dass dann der Anteil der reichsten zehn Prozent der Haushalte am Gesamtvermögen auf 70 Prozent steigt, der des reichsten einen Prozents auf ein Drittel.

Wovon hängt es ab, wie viel Vermögen jemand hat? Laut DGB sind Vermögensunterschiede vor allem durch Erbschaften bedingt – wer viel erbt, wird oder bleibt reich. Ein zweiter Faktor ist das Einkommen – die Reichen erhalten auch die besten Jobs und können ihr Vermögen mehren. Deutlich wird hier der Unterschied zwischen Unternehmer_innen und abhängig Beschäftigten: Die größten Vermögen haben Selbstständige mit zehn oder mehr Mitarbeiter_innen, nämlich im Mittel rund 952.000 Euro. Selbstständige mit ein bis neun Mitarbeiter_innen verfügen über rund 330.000 Euro. Dahinter folgen Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben (209.000 Euro). Wenig bis nichts besitzen Arbeitslose, Auszubildende und ungelernte Arbeiter_innen.

Steuern: «In keinem größeren Industrieland der OECD werden Vermögen so stark geschont wie in Deutschland.»⁶³ Im Jahr 2013 kamen nur 2,5 Prozent des gesamten Steueraufkommens aus vermögensbezogenen Steuern (Erbschafts- und Schenkungssteuer, Grundsteuer, Steuer auf Finanztransaktionen, Vermögensteuer etc.), das war fast ein Prozentpunkt weniger als Anfang der 1990er Jahre. Zum Vergleich: In Großbritannien lag der Anteil der vermögensbezogenen Steuern am Gesamtsteueraufkommen bei zwölf Prozent, in den USA bei elf Prozent, in Frankreich bei über acht Prozent. Sehr hoch liegt dagegen in Deutschland das Aufkommen aus Lohnsteuern und Konsumsteuern – ihr Anteil ist in den vergangenen Jahrzehnten stetig gestiegen.

⁶³ Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB): Gerecht verteilen – Wohlstand sichern. DGB Verteilungsbericht 2016, Berlin 2016, S. 65, unter: www.dgb.de/themen/++co++56e1d1a2-dc76-11e5-8b6e-52540023ef1a.

Abbildung 5: Steueraufkommen in Deutschland 2017



Quelle: Bundesministerium der Finanzen 2018, unter: <https://t1p.de/rb5a>

Impressum

luxemburg argumente Nr. 11; 2., aktualisierte Auflage 2019

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V.i.S.d.P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2193-5831 · Redaktionsschluss: September 2016

AutorInnen: Stephan Kaufmann und Eva Roth

Redaktion: Sabine Nuss und Stefan Thimmel

Illustration: Marie Geißler, www.mariegeissler.de

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

AKTUELLE VERÖFFENTLICHUNGEN



Christian Jakob

EINWANDERUNG WILLKOMMEN

**Mythen und Lügen in der
Flüchtlingspolitik – und warum
Migration nicht das Problem ist**

luxemburg argumente Nr. 17

März 2019

72 Seiten

ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/40142



Jan van Aken

«KEIN PANZER GEHT IN KRIEGSGEBIETE»

**Irrtümer und Mythen über
Waffenexporte – und warum
wir ihr Verbot brauchen**

luxemburg argumente Nr. 16

November 2018

40 Seiten

ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/39650

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

